

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: E. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Kleinbach, für den übrigen redakt. Theil: S. Samiedehaus, sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung Siebenundneunzigster Jahrgang.

werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. Ad. Schick, Hofb.-Gr. Gerber- u. Breitestr. - Ed.-Olo. Kieck, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei P. Kallias, in Breschen bei J. Jachson u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. J. Paubé & Co., Jachson & Jocher, Rudolf Hofe und „Friedensdruck“.

Nr. 825

Dienstag, 25. November.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, 5,45 M., für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechs-spaltige Postzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den sonstigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

6. Sitzung vom 24. November, 11 Uhr.

Die erste Berathung des Einkommensteuertarifs wird fortgesetzt.

Abg. v. Cynern (nl.) meint gegenüber dem Abg. Richter, daß nicht dem Abgeordnetenhaus mit der Auflösung gedroht worden sei, sondern, daß dem Herrenhause gedroht wurde, daß, wenn es die Reformgesetze verbinden würde, ihm etwas Unangenehmes passiren könnte. Er wisse, was Herr Richter kritisiere, aber nicht, was er positiv wolle. Redner bekannte sich als Gegner der Deklarationspflicht. Allerdings würde dieselbe größere steuerpflichtige Einkommen ergeben. Eine Versammlung der Fabrikanten aus der Konfektionsbranche in Berlin habe konstatiert, daß die Fabrikanten dieser Branche noch nicht zu 1/3 der Steuer herangezogen worden sind. Er sei ein Gegner der Deklarationspflicht gewesen nicht aus Furcht, daß die Vermögen mehr herangezogen werden, sondern aus Furcht, daß gerade die mittleren und kleineren Einkommen höher belastet würden, wie dies der aufgestellte Tarif bezeichne. Am meisten sei das lästige Eindringen in die Privatverhältnisse zu befürchten. Redner wünscht, daß statt des Landraths ein Steuerbeamter das Einschätzungsverfahren leitet. 1884 hat der Generalsteuerverdirector Burghart selbst gegen die Deklaration gesprochen. Die communis opinio sei in dieser Frage auf falscher Fährte. Indessen sei das Prinzip der Selbstanschätzung gegenwärtig entschieden und wer jetzt noch mitarbeiten will, der muß seine Niederlage vergessen, und sich auf dem Standpunkt der Selbstdeklaration an den weiteren Verhandlungen beteiligen. Das werde ich daher auch thun.

Nicht das Großkapital und die Großindustrie hat die Deklaration zu scheuen, sondern die geistige Arbeit wird belastet, der Künstler, der Schriftsteller, obgleich ich, offen gestanden, es gern sehen würde, daß Herr Sudermann für seine „Ehre“, die ihm 150 000 Mark Lantime eingebracht hat, voll besteuert würde. (Heiterkeit.)

Den Vorwurf der Bluzmacherei gegen die Regierung finde ich unbegründet. So lange die halbe Grund- und Gebäudesteuer nicht überwiesen wird, will Redner die lex Huene beibehalten. Redner erklärt sich gegen die besondere Besteuerung der Aktiengesellschaften. Warum soll das in den Aktiengesellschaften zusammengebrachte kleine Kapital mehr Steuern zahlen als das große? Warum die Distrikts-Gesellschaft mehr als das Haus Nothschild? In der Steuerkommission von 1883/84 sind diese Erwägungen auch durchschlagend gewesen. Hart treffen wir damit insbesondere die Bergbau-Gesellschaften, also einen Zweig derjenigen Thätigkeit, welche für die gesamte Industrie von hoher Wichtigkeit ist.

Ebenso wie man gegen einen besonderen Steuerinspektor als Vorsitzenden der Kommission, hätte man sich auch auf anderem Gebiet gegen die Einrichtung der Fabrikinspektoren erklären können Landräthe sind auch Menschen mit menschlichen Eigenschaften, und Parteileidenschaften haben Landräthe sogar vorzugsweise. Es wäre sehr bedenklich, dem Landrath eine solche Macht in die Hand zu geben, mit der er seinen politischen Gegnern im Kreise das Leben im höchsten Grade ungemüthlich machen könnte. Es bedarf für die Veranlagung nicht solcher starken Kautelen, wie sie in dem Entwurf vorhanden sind. Die Regierung muß in die Bürger das Vertrauen setzen, daß sie dem Staat die Wahrheit über ihre Vermögenslage sagen werden.

Ich bin ein Freund der Erbschaftsteuer gewesen, doch nur als Ertragssteuer, aber als Kontrollsteuer ist sie mir nicht sehr sympathisch, doch will ich damit nicht sagen, daß ich mich absolut verneinend verhalten werde. Jedenfalls aber wird die Besteuerung der Erbschaft unter Ehegatten fallen gelassen werden müssen.

Für die Geheimhaltung der Mittheilungen über das Einkommen werden noch besondere Kontrollen zu schaffen sein. Die Kommission wird für den vorliegenden Entwurf sehr viel unzuständige Arbeit vorzunehmen haben, und ich hoffe, daß der Herr Finanzminister entgegenkommen wird, denn es giebt viele Wege, das Ziel zu erreichen. Der Ministerpräsident hat durch diese Gesetze eine Stärkung des Staats und des Wohlstandes erwartet. Ich theile diese Hoffnung so unbedingt nicht. Aber erreichen wir es, so werde ich mich sehr freuen und erkläre mich zu energischer Betheiligung an der Arbeit bereit.

Abg. Richter: Herr v. Cynern irrt sich, wenn er meint, in Berlin werde schlechter eingeschätzt als am Rhein. Wenn die Selbstanschätzung da ist, so wird sich ja zeigen, daß das Gegenheil der Fall ist. In Berlin wird nicht zu gering eingeschätzt. Ich und ein großer Theil meiner politischen Freunde halten die Selbstanschätzung für einen großen Fortschritt, wenn die Form richtig gemacht wird, und in Bezug auf die Form will ja der Finanzminister mit sich reden lassen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einen Lapsus corrigiren, den ich in meiner ersten Rede über Mecklenburg gemacht habe. Das Recht der Quotifirung besteht für die Stände auch dort. Bayern hat darin ein noch viel weiter gehendes Recht der Quotifirung, als ich annahm; in Bayern wird sogar die Haussteuer quotifirt. Und in Preußen verweigert man der Volksvertretung dieses Recht angesichts der großen Steuerbewilligung im Reiche.

Wir sind durchaus nicht gegen die Ueberweisung. Die linke Seite des Hauses hat diesen Gegenstand 1865 selbst auf die Tagesordnung gebracht. Wenn sich die Verhältnisse auch seitdem sehr geändert haben, so würde ich der Ueberweisung doch nicht widerstreben, wenn nur die lex Huene abgeschafft würde. Aber an wen wollen sie denn überweisen? Nach den Erfahrungen, die gemacht worden sind, doch nicht etwa an die Kreise. Selbst wenn die Landgemeindevorordnung in der vorliegenden Form angenommen wird, bleibt diese Frage noch unerledigt. Wir können erst überweisen, wenn wir wissen, an welche Kommunalverbände überwiesen werden soll (Graf Kanitz: An die Rittergutsbesitzer). Ich glaube nicht, daß der Finanzminister darauf eingehen würde. In Sachen hat sich nach Einführung der Selbstanschätzung eine überraschende Thatsache herausgestellt, wie eine Broschüre von Böhmert angeht. Er sagt, daß nach der Selbstanschätzung seit 1875 nur der Grund-

besitz ein steigendes Einkommen aufzuweisen hat, während die Industrie und die Gewerbe sinkende Skalen haben.

In den mittleren Stufen liegt die schwierigste Seite der Vorlage, deshalb freue ich mich, daß der Finanzminister bereit ist, darauf einzugehen. Wir sagen heute zur Vorlage weder ja noch nein; wir leben in der Einführung der Selbstanschätzung einen Fortschritt. Unsere schließliche Abstimmung wird von der Lösung der Vorlage in der Kommission abhängen. — Ich beantrage eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Redner aller Fraktionen haben anerkannt, daß es richtig ist, zu einer prozentual stärkeren Besteuerung des fundirten Einkommens gegenüber dem Einkommen aus Arbeitsleistungen, das nicht vererbt wird, überzugehen. Wir sind aber zur Zeit außer Stande, diese Frage einer stärkeren Besteuerung des fundirten Einkommens aus Gewerbebetrieb, Grund- und Gebäudebesitz und Kapital zu lösen. Aber ich gebe zu, daß wenn nach Maßgabe des in dem Gezentwurf zur Einkommensteuer aufgestellten Formulars auf Grund der Deklaration und mit der nöthigen Kontrolle das Gesamteinkommen gesondert nach Quellen uns vorliegen wird, man dann der Frage wenigstens näher treten kann, ob man diesen abermaligen Einpruch einer starken Heranziehung eines fundirten Einkommens in der Form der Einkommensteuer lösen kann. Zur Zeit vermag ich das noch gar nicht zu übersehen. Ich kenne keinen Staat, wo diese Frage voll gelöst wäre. Am einfachsten und leichtesten und auch am wenigsten lästig ist die Lösung der Frage in der Form der Erbschaftsteuer. Will das Haus aus mir unbekanntem Gründen hier die Lösung nicht, so wird allerdings die Regierung dahin gedrängt werden, dieser Hauptfrage einer anderweitigen Heranziehung des Einkommens aus fundirtem Besitz und aus persönlichen Arbeitsleistungen demnach auf andere Weise näher zu kommen. Diese Frage hängt ja mit der Form und Art der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer sehr eng zusammen. Ueber die Form und Art und Weise der Ueberweisung habe ich meine bestimmten Gedanken, ich halte es aber im Interesse der Sache nicht für rathsam, diese ausgesprochene schwierige Frage zu verquiden mit der Frage, die unter allen Umständen gelöst werden muß, nämlich der Frage einer richtigen Heranziehung des Einkommens. (Sehr richtig! rechts.) Die Mehrheit des Landtages hat es jedoch in Uebereinstimmung mit der Regierung in der Hand, nachher über diese Frage zu entscheiden. Daher haben wir den § 5 aufgenommen. Wenn eine Einigung nicht erzielt werden sollte über die Frage der Art und Weise der Ueberweisung, dann tritt diese Quotifirung ein in Bezug auf den Mehrertrag. Ich würde also durchaus nicht rathen, diese Frage so sehr in den Vordergrund zu stellen.

Die Erbschaftsteuer hat neben ihrer Aufgabe, zur stärkeren Heranziehung des fundirten Einkommens zu dienen, noch wesentlich andere Vorzüge, die gar nicht bestritten werden, daß sie eine der wesentlichsten Kontrollen ist für die Richtigkeit der Deklaration, vielleicht mehr werth als alle Befugnisse, die der Veranlagungsbehörde im Geze gegenüber der Deklaration und ihrer Richtigkeit beigegeben sind. Ich erinnere in dieser Beziehung an die bekannten Vorgänge, an den Fall in Stuttgart, wo eine jahrelange Steuerhinterziehung eines sehr berühmten Schriftstellers schließlich bei der Erbschaftsteuer zu Tage kam. Aber noch viel mehr. Ich habe die Erbschaftsteuer als eine Ergänzung des ganzen Systems bezeichnet. Ich habe immer gewünscht, ein Steuerwesen zu haben, welches die Kontrolle durch ein Zneinandergreifen der verschiedenen Steuern der richtigen Veranlagung in sich selbst gewährt. Wir klagen so viel über übermäßiges fiskalisches Verhalten seitens untergeordneter Steuerbehörden. Sie werden das nicht los werden, wenn sie nicht ein Steuerwesen haben, welches in seiner Gesamtheit diese Kontrolle auf allen Gebieten ohne ein solches fiskalisches Verhalten der einzelnen Beamten gewährt.

Eine der schwierigsten Fragen ist z. B. die, was vom Bruttoeinkommen abgezogen werden kann bei einem Gewerbetreibenden, inwiefern es sich um die gewöhnliche Art der Unterhaltung handelt und von wo um eine Vermehrung des Vermögens. Bei der Drainage z. B. liegen lediglich Betriebsausgaben vor, wenn nach und nach planmäßig der Grundbesitz verbessert wird, während die Sache schon zweifelhaft ist, wenn der Besitzer plötzlich eine große Anleihe aufnimmt, um den Grundbesitz in einem Jahre zu drainiren. Nun soll ja die Steuerverwaltung im Großen und Ganzen durchaus nicht kleinlich sein. Bei so vielen Steuerpflichtigen schreibt der eine das zu viel ab, was der andere zu wenig abschreibt, und das zu viel Abschreibene kommt auch im Einkommen des nächsten Jahres wieder zum Vorschein. Es ist aber wohl möglich, daß jemand systematisch so viel abschreibt auf Anlagen aller Art, daß er dadurch im Laufe der Zeit sich ein Vermögen erwirbt. Das entgeht uns ohne die Erbschaftsteuer, wird durch diese aber festgestellt. Wir könnten also mit der Erbschaftsteuer viel weniger kleinlich verfahren bei der Veranlagung.

Findet die Erbschaftsteuer trotzdem keine Annahme, so können wir das nicht ändern, aber ich bin überzeugt, die rationale Seite ist bei der ganzen Frage auf Seiten der Staatsregierung. Herr v. Cynern hat sich sehr scharf ausgesprochen gegen die Besteuerung der Ehegatten. Wir haben sie ja bis 1873 in Preußen gehabt. Ist es da so etwas Entsetzliches? (Abg. v. Cynern: In Rheinland nicht.) Allerdings nicht, aber sind denn die rheinischen Ehegatten anders als die anderen preussischen? Wir haben diese Besteuerung aufgehoben, weil in den neuen Provinzen allgemeine Gütergemeinschaft bestand. Am nun die völlige Rechtsungleichheit herzustellen, haben wir die Besteuerung überhaupt erst verlangt, wenn Auseinandersetzungen stattfinden. In diesem Geze sind für die Handhabung des bestehenden Steuergesetzes Fragen von so ernsthafter Bedeutung, daß ich bitten möchte, was Sie auch in Bezug auf die Besteuerung der Ehegatten und der Erben in auf- und absteigender Linie denken mögen, daß Sie alle anderen Fragen, die namentlich auf internationalen Gebieten liegen, in einer Kommission berathen, und damit dieses Geze an eine Kommission verweisen.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Herr Richter hat am Sonnabend auch die Nationalliberalen in wenig liebenswürdiger Weise bedacht. Das wundert mich nicht, denn Herr Richter thut das ja in jeder Rede. Herr Richter aber hat mehrere Unrichtigkeiten begangen.

Er hat behauptet, daß er so scharf aufgetreten ist, weil vom August an in der „National-Zeitung“ eine möglichst günstige Gesinnung für die neuen Reformpläne zu verbreiten gesucht wurde. Aber schon am 22. Juni lesen wir in der „Freisinnigen Zeitung“, für die ja Herr Richter vorgestern die offizielle Verantwortung übernommen hat, von Herrn Miquel als einem Minister der neuen Steuern, von dem nationalliberalen Minister, der die Anfangsschwierigkeiten überwinden solle und dann gehen könne. Man könnte also Herrn Richter den Vorwurf einer Unwahrheit machen. Ich will jedoch mildernde Umstände für ihn gelten lassen, weil er in seiner persönlichen Bemerkung unter dem Eindruck der Niederlage, die er durch die Rede des Herrn Finanzministers erlitten hat, sprach. In dem Bericht der „Freisinnigen Zeitung“ fehlen dann auch die Worte „vom August“.

Herr Richter hat dann behauptet, die Nationalliberalen hätten für die Auflösung des Abgeordnetenhauses plädirt, welches in einer wesentlich anderen Konstellation gewählt worden sei. Er führt dabei Aeußerungen der „Nationalzeitung“ an. Was würde Herr Richter sagen, wenn wir die freisinnige Partei mit Aeußerungen der „Danziger Zeitung“ identifiziren würden? Er beruft sich hierbei auch auf die „Nationalliberale Korrespondenz.“ Diese hat aber gerade jener Ausführung nicht zugestimmt. Im Uebrigen hat die Regierung gar keine Veranlassung aufzulösen, wenn die Vorlage so günstig wie bisher aufgenommen wird, und wir haben gar keine Veranlassung zur Auflösung, denn die hier vorgeschlagenen Reformen, die Reform der direkten Steuern, der Gewerbesteuer, des Schulgesetzes bilden gerade einen wesentlichen Theil unseres Programms. Herr Richter ist aber nur darum mit derartigen falschen Behauptungen hervorgetreten, weil er gegen das Geze und das Programm der Regierung selbst nicht auftreten kann. Man kann mit der Laterne nach eigentlichen Gründen suchen. Der Herr Finanzminister hat schon widerlegt, wie unbegründet seine Gegenüberstellung der verschiedenen Interessen ist, und wie gerade das Großkapital gar nicht gegen eine stärkere Heranziehung etwas einwendet. Mit dem Hinweis auf die Unfallversicherung vertrat Herr Richter lediglich das bürokratische Interesse der Stadtkämmerei. Am meisten hat es mich betrübt, daß Herr Richter keine Würdigung für den Gedanken hat, daß es eine sittliche Pflicht ist, für gerechte und gleiche Heranziehung aller Steuerpflichtigen zu sorgen. Wir halten es für unsere Pflicht, daran mitzuarbeiten und dies Geze will weiter nichts, als daß das bestehende Steuerwesen in Wirklichkeit zur Ausführung kommt. Herr Richter mit seinem außerordentlichen Scharfsinn und seiner Kenntniß des Finanzwesens sollte doch einen einheitlichen Plan erkennen können: keine Mehreinnahme für die Regierung, Bafirung des direkten Steuerwesens vollständig auf Veranlagungssteuern, Verweisung der Realsteuern an die Kommunen, Ergänzung der Personalsteuern durch die Erbschaftsteuern und naturgemäß eine Verpflichtung für die Kommune, das Kommunalsteuersystem überhaupt mehr auf der Realsteuer zu basiren als bisher. Herr Richter fragte den Finanzminister: Sollen vielleicht auch die Verbrauchsabgaben in den Kommunen aufgehoben werden? Wäre die Antwort im bejahenden Sinne ausgefallen, so hätte Herr Richter einen außerordentlichen Agitationsstoff gehabt. Der Finanzminister hat Herrn Richter seinen schwereren Schlag versetzen können, als indem er die Frage verneinte.

Was das Geze selbst angeht, so fällt mit dem Entgegenkommen des Finanzministers in Bezug auf die mittleren Steuerstufen ein Hauptbedenken gegen das Geze. Die Aussichten für das Zustandekommen desselben sind sehr günstig.

Gegen eine Erbschaftsteuer würde ich kein Bedenken haben. Allerdings ist ein großer Theil meiner politischen Freunde dagegen. Die Aufgabe der Erbschaftsteuer in ihrer Bedeutung als Stärkerbelastung des fundirten Einkommens tritt jetzt nicht hervor, so lange wir noch die Realsteuern für den Staat haben. An der gegenwärtigen Erbschaftsteuervorlage sind zwei Punkte zu bemängeln. Zunächst, daß sie nur die Erbschaften bis zu 1000 Mark frei läßt, und dann, daß der Prozentsatz bei den großen Vermögen so klein ist. Die Vorlage wird wohl jetzt abgelehnt werden, aber diese Ablehnung wird keine definitive sein. Erst, wenn wir eine gerechte Einschätzung der Einkommen haben, dann werden wir vor die Frage gestellt werden, ob das fundirte Einkommen durch prozentuale Zuschläge zur Einkommensteuer oder durch eine Erbschaftsteuer stärker herangezogen werden soll.

Herr Richter hätte nicht die Frage der Quotifirung ausgraben sollen. Das Beispiel Englands paßt hier nicht. Tritt in England die Nothwendigkeit ein, die Einkommensteuer zu erhöhen, so genügt schon ein Prozent, um eine beträchtliche Mehrumme zu erlangen, bei uns würde eine Erhöhung um viele Prozente erfolgen müssen. Den Worten des Herrn Finanzministers muß ich beistimmen, daß wir ohne fraktionsinteressen an die Verathung des Gesetzes gehen müssen, wenn ein günstiges Ergebnis erreicht werden soll.

Vizepräsident v. Benda weist nachträglich die Aeußerung des Vorredners in Bezug auf den Abg. Richter, daß es keine Gewohnheit sei, die Gesellschaftsklassen aufzuheben (Auf der Tribüne war die Aeußerung verständlich geblieben), als unstatthaft zurück.

Abg. Graf Kanitz (kon.): Durch das vorliegende Geze werden den Gemeindevorstehern, welche schon jetzt sehr belastet sind, neue Lasten auferlegt. Sie werden einen schweren Stand haben, alle ihnen durch das neue Zwangsgeze und den vorliegenden Entwurf obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Schon jetzt muß ich mich oft wundern, wie ein Gemeindevorsteher noch alles leisten kann.

Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die Grundsteuer. Jetzt muß der Landwirth vom Ertrag seiner Ländereien vorweg 3 Proz. Grundsteuer bezahlen und tritt dann erst in die Reihe der übrigen Steuerzahler ein. Wir haben es hier nicht mit einer Doppelbesteuerung zu thun, sondern mit einer vierfachen Besteuerung, wenn man bedenkt, daß der Grundbesitz im Durchschnitt zur Hälfte verschuldet ist, sogar mit einem Sieben- bis Achtfachen. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Gebäudesteuer ist ein großes Unrecht. Eine gesunde geräumige Wohnung ist für den wenig Bemittelten ebenso nothwendig, wie das tägliche Brot, auch in moralischer Beziehung. Es ist nicht richtig, die Wohnung des armen Mannes zum Vortheil des Staates zu vertheuern.

In Bezug auf die Einkommensteuer möchte ich bitten, daß man das Einkommen aus Grund- und Hausbesitz nicht der Selbsteinschätzung unterwirft. In England ist das auch nicht der Fall; dort sind ganz bestimmte Normen für die Einschätzung von Grund- und Hausbesitz vorgeschrieben. Wie wollen Sie es auch dem kleinen Besitzer klar machen, daß jedes Stück Brot, das er isst, jedes Stück Holz, das er verbrennt, und das aus seinen Vorderen herkommt, zu seinem steuerbaren Einkommen gehört? Ich möchte Sie sehr bitten, daß Sie die variablen Strafen aus der Deklaration streichen. Bei Anwendung der Vorschrift für die Strafbestimmungen wird sich das alte Sprichwort bewahrheiten: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. In den Gesetzgebungen anderer Länder ist ein bestimmter Strafmaß aufgestellt, so in Baden das achtfache der Hinterziehungssumme. Auch mit der eidesstattlichen Versicherung kann ich mich nicht befremden. Denn wenn ich aufgefordert werde, mein Einkommen auf meinen Eid anzugeben, und die Kommission mir doch nicht glaubt, dann muß Blut fließen. (Heiterkeit.) Die eidesstattliche Versicherung müßte ein für allemal genügen.

Die Einrichtung der Steuerkommission hat schon einmal bestanden, aber sie waren so wenig beliebt, daß sie bald abgeschafft wurden. Der Kommissar wird dem Landrath nichts helfen. Besteht ein Landrath die Sache nicht, so kann ihm ein solcher nichts nützen, und versteht er die Sache, so braucht er nicht den Kommissar.

Ich habe mich gefreut, daß Herr Richter sich für die Progressivsteuer ausgesprochen hat, und ich hoffe, daß er seine Fraktionsgenossen an der Seine führen wird zur Progressivsteuer hin.

Herr Richter meinte ferner, die Reichsunmittelbaren würden gern auf eine Entschädigung verzichten. Ich hoffe, daß er und seine Fraktionsgenossen die Aktiengesellschaften, welche bisher steuerfrei waren und doch viel reicher sind als die Reichsunmittelbaren, gern heranziehen wird. Die Diskontgesellschaft hat 1873 6 Millionen Dividende bezahlt und nur 7000 Mk. Gewerbesteuer bezahlt, 1889 verdiente sie sogar 13 Millionen. Warum soll aber der Staat diese Gesellschaften nicht heranziehen können, wenn sie von den Kommunen, wie von der Stadt Berlin, besteuert werden? Ich habe nicht die Befürchtung, daß durch eine Besteuerung der Aktiengesellschaften das mobile Kapital aus dem Lande herausgedrängt wird. Leider ist ja schon sehr viel deutsches Kapital im Ausland. Im Laufe dieses Sommers passirte einem Herrn in einer größeren Stadt in der Nähe Berlins das Unglück, daß ihm seine Frau durchging (Heiterkeit) und 10000 Mk. mitnahm in Wertpapieren. Aus dem Verzeichniß dieser Wertpapiere in den Zeitungen berechnete ich mir, daß 62 pCt. davon ausländisches Geld war. So wird ungefähr auch überhaupt das Verhältnis sein. Deshalb bin ich auch gegen eine verstärkte Amortisirung unserer Staatsschulden, weil diese das Kapital aus dem Lande herausjagen würde. Denn seit der Monopolisirung der Eisenbahnen und Kanäle durch den Staat fehlt dem Kapital die Gelegenheit zur Anlage im Lande. Der Ausbau unserer anderen Verkehrswege, der Chausseen ist zurückgeblieben. Vielleicht stiele ich bei Gelegenheit den Antrag, 100 Millionen Mark für den Chausseebau auszugeben. Dafür würde man 125000 Kilometer Chausseen bauen können.

Herr Richter will keine Steuer bewilligen, ohne daß die Dringlichkeit derselben nachgewiesen ist. Wie will aber denn Herr Richter, wenn er die Zölle abschaffen will, die doch zur Deckung nothwendiger Ausgaben dienen, die Deckung für den Ausfall von 400 Mill. schaffen? In diesen 400 Millionen stecken die Industriezölle. Ich weiß nicht, ob die anderen Herren Freimüthigen, namentlich Herr Richter, auch die Industriezölle abschaffen wollen? (Abg. Richter: Ich bin ja als Freihändler gewählt.) Darüber möchte ich gerne Auskunft haben. Ich habe schon früher nachgewiesen bei einigen Zöllen, daß die betreffenden Produkte dadurch nicht vertheuert werden. Heute möchte ich auf das Garn hinweisen, von dem für 365 Mill. jährlich importirt wird, ein deutlicher Beweis, um wie viel billiger das Ausland die Textilstoffe herstellen kann als wir. Man spricht immer von der Vertheuerung der Lebensmittel durch die Zölle und verlangt Aufhebung der Getreide- und Viehzölle. Die Herren, die das verlangen, berücksichtigen aber nicht, daß die Kohle, welche doch auch zu den wichtigsten Gegenständen einer Haushaltung gehört, überaus theuer ist. Und wodurch ist diese Theuerung herbeigeführt? Durch die Kohlesyndikate, welche 95 Proz. der gesammten Produktion umfassen. Von diesen wird nach dem Auslande billig verkauft, dem Inlande aber werden hohe Preise zudiktirt. Wenn Sie also von Vertheuerung des Haushaltes sprechen, so weisen Sie doch auch auf diese Machinationen hin, die gerade die minder wohlhabende Bevölkerung schwer treffen.

Herr Richter beklagte sich über die niedrige Steuerveranlagung auf dem platten Lande und zog zum Vergleich Berlin heran. Zwischen Berlin und den Verhältnissen der landwirthschaftlichen Bezirke besteht aber ein sehr großer Unterschied; man kann einen Vergleich garnicht anstellen. Während übrigens auf jeden Einwohner in Berlin ein Durchschnittsklassen- und Einkommensteuereroll von 11,50 Mk. kommt, kommt auf den Regierungsbezirk Arnberg in welchem der Wahlkreis von Herrn Richter liegt, nur ein Durchschnittsbetrag von 2,92 Mk. Der Regierungsbezirk Arnberg ist aber einer der industriereichsten und somit auch der wohlhabendsten in der ganzen preussischen Monarchie. Da ist der Steuereroll von 2,92 Mk. pro Kopf im Vergleich zu dem Berliner Steuereroll ein unerhört niedriger. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte Herrn Richter deshalb, in seiner nächsten Wählerversammlung im Regierungsbezirk Arnberg es als eine seiner ersten Aufgaben zu bezeichnen, die Steuern in seinem Wahlkreise angemessen zu erhöhen. Es ist überhaupt sehr wichtig Vergleich zwischen der Stadt Berlin und anderen Landestheilen zu ziehen, weil die Wohlstandsverhältnisse außerordentlich verschieden sind. Der Grundsteuer-Keinerttrag sämmtlicher Piegenschaften in allen Provinzen des preussischen Staates beträgt 408 Millionen Mark. Der Miethswerth sämmtlicher Wohnungen ist auf 256 Millionen Mk. berechnet worden, das heißt, er trägt zwei Drittel des Ertrages aller Grundstücke von Memel bis Saarbrücken. (Hört, hört! rechts.) Diese Zahlen weisen mit untrüglicher Sicherheit auf einen dunklen Punkt hin, der in unserer Steuererhebung gelegen hat, auf die Bevorrugung des Kapitals und Bedrückung des Grundbesitzes. Daher kommt das immense Anschwellen des Kapitals in den großen Städten und die Entvölkerung und Verarmung des platten Landes. Hier gilt es den Hebel anzusetzen, nur dann werden wir ausgleichende Gerechtigkeit üben (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein (l.): In den Motiven heißt es, daß man vorläufig noch nicht wisse, an welche Verbände die Grund- und Gebäudesteuer werde überwiesen werden, daß der Minister aber hoffe, daß die Landgemeindeordnung Mittel und Wege dazu an die Hand geben würde. Das sieht einem System von Daumenschrauben ähnlich, die den Gegnern der Landgemeindeordnung angelegt werden sollen, damit sie die Grund- und Gebäudesteuer überweisen bekommen. Wenn es sich etwa um eine Ueberweisung an die Kreis- und Kommunalverbände handeln sollte, so würde von einer ausgleichenden Gerechtigkeit gar nicht die Rede sein können. Sie kann nur eintreten, wenn die Grund- und Gebäudesteuer an die Einzelgemeinden überwiesen wird, und da würde man sie den selbständigen Gutsbezirken auch nicht vorenthalten können. Erst dann, wenn die ganze Ueberweisungstheorie über Bord geworfen, und die Grund- und Gebäudesteuer erlassen wird, wird es möglich sein, das fundirte Einkommen gleichmäßig in Form einer Einkommensteuer zu fassen. Etwas anderes ist es, ob die Grund- und Gebäudesteuer für die Gemeinden bleibt. Denn

solange der Grundbesitz überwiegendes Stimmrecht in den Händen hat, wird er sich auch bereit erklären, diese Lasten zu tragen. Falls lassen können wir die Grundsteuer ja nicht wegen des Katasterwesens. Ich schließe mit dem Ausdruck der Befriedigung über das Entgegenkommen des Finanzministers dem Hause gegenüber.

Abg. Richter (fr.): Wenn ich gegenwärtig nicht im Stande bin, mit dem Finanzminister, dem Meister der Nationalliberalen, Finanzpolitik zu führen, so werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich mit den Knappen, den Gefellen und Lehrlingen dieses Ministers, namentlich Herrn Dr. Sattler, mich nicht weiter beschäftigen will. Herr Sattler hat nur wenig selbständige Gedanken entwickelt, was der Finanzminister elegant und geschickt nur entgegen hielt, hat er in gerade entgegengesetzter Weise wiederholt. Herr Sattlers Ausführungen lassen auch deutlich erkennen, daß er des Sonntags über am Studiertisch darüber nachgedacht hat. Herr Sattler war doch sehr erregt über meine Angriffe gegen die Nationalliberalen. Er verwechselte dabei stets seine Partei und den Finanzminister. Seien Sie doch nicht so nervös, wenn ich Ihre Minister angreife. Da sehen Sie sich mal die Konservativen an, die sind das längst gewöhnt (Heiterkeit). Ich würde übrigens meine soviel erwähnten Artikel in der „Freimüthigen Zeitung“ gegen die Steuerreform nicht veröffentlicht haben, wenn der Finanzminister in Bezug auf Veröffentlichungen aus seinem Ressort ebenso zurückhaltend gewesen wäre wie der Herr Minister des Innern und der Herr Kultusminister. Es waren aber damals namentlich sehr viel nationalliberale Blätter und auch freikonservative mit Lobeserhebungen des neuen Finanzplanes gefüllt. Man konnte damals fast den Eindruck haben, als ob im deutschen Volke plötzlich eine unbeschreibbare Sehnsucht nach neuen Steuergesetzen erwachen sei, als ob der Minister nur diesen Empfindungen des Volkes entgegenzukommen sich bemühte; und ich hielt es für meine Pflicht (ich kann mir allerdings auch eine bessere Sommererholung denken), diesen offiziellen Artikeln entgegenzutreten. Der Minister hat namentlich meine Ausführungen über die Erbschaftsteuer, die ich schon damals machte, bemängelt. Ich halte trotz dieser Ausführungen auch heute noch aufrecht. Die Erbschaftsteuer soll eine Ergänzung für die höhere Besteuerung des fundirten Einkommens im Gegensatz zum unfundirten bilden. Darauf erwidere ich: der größte Theil der Einkommensteuer fällt auf die Gemeinden, und wenn es richtig ist, daß die Staatssteuer durch die Erbschaftsteuer ergänzt wird, so würde es erst richtig sein, eine solche Erbschaftsteuer auch für die Gemeindeeinkommensteuer als Ergänzung einzuführen. Es ist das nichts Ungehauerliches; einzelne Kommunen haben ja nach Paratitularrecht eine Art von Erbschaftsteuer. Früher ist sogar der Gedanke erörtert worden, die Erbschaftsteuer zu einer Reichsteuer zu machen. Im Jahre 1873 hat der damalige Finanzminister Camphausen erklärt, daß die Novelle der Erbschaftsteuer darauf zugeschnitten sei, daß diese künftig Reichsteuer werden könnte. Viele von uns haben damals erklärt, daß dies an sich ein gerechtfertigter Gedanke sei, daß nur das verschiedene Familienrecht die Verwirklichung dieses Gedankens verhindere. In diesem Sinne hat damals Camphausen eine Uebersicht über die in Deutschland bestehenden Erbschaftsteuern unterbreitet. Es war das überhaupt ein integrierender Bestandteil jenes Finanzprogramms, welches an Stelle der Verbrauchssteuern eine Uebertragung der Stempelsteuer auf das Reich erstrebte. Daran habe ich angeknüpft, als die offiziellen Lobpreisungen auf die Steuerreform, auf die Erbschaftsteuer ertönten. Der ganze Plan der Erbschaftsteuer ist aber von der Gesamtheit des Hauses mindestens so ungünstig aufgenommen worden, als von mir nach den ersten Verlautbarungen darüber. Wem es darum zu thun ist, meine positiven Vorschläge kennen zu lernen, hat jetzt die beste Gelegenheit dazu, wo im Reichstage unter meinem Namen ein Antrag meiner Partei vorliegt, der darauf hinausgeht, eine sofortige Herabsetzung der Kornzölle auf den Satz von 1887, die weitere Aufhebung der Korn- und Viehzölle unter entsprechender Revision des industriellen Tarifs im Wege der Handelsverträge verfolgt und zur Deckung die Aufhebung des Branntweinsteuer-Privilegiums und der Ausfuhrprämien auf Zucker vorschlägt. Das ist ein ganz klares, bestimmtes Finanzprogramm, das für einen Finanzminister für eine ganze Zeit ausreichen würde. Wer sich meine langjährige Thätigkeit vergegenwärtigt, kann auch über mein preussisches Steuerprogramm nicht zweifelhaft sein. Ich bin der Meinung, daß man die Einkommensteuer als gewichtige Steuer im preussischen Staate beibehalten soll, aber nur in sehr mäßiger Weise, und ich meine ferner, daß das Veranlagungssystem für die Einkommensteuer wesentlich verbessert werden muß. Ich bin der Meinung, daß der Mittelstand besonders viel niedrigere Tarifsätze haben muß als bisher, und daß die Veranlagung nicht unter Vorsitz eines Landrathes, sondern einer Person, welche im unabhängigen Ehrenamte steht zu erfolgen hat. Ferner bin ich der Meinung, daß die Gewerbesteuer und Grund- und Gebäudesteuer auf die Dauer keinen Platz im preussischen Haushaltes haben sollen. Ich bin weiter der Meinung, daß das Kommunalsteuerwesen reformirt werden muß auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung. Ich glaube auch darin mit dem Finanzminister in gewissem Sinne zusammenzufassen. Ich bin aber weit davon entfernt, daß die Grund- und Gebäudesteuer ohne die Gewerbesteuer den Kommunalverbänden überwiesen werden.

Der Finanzminister meinte, er hätte die „Freimüthige Zeitung“ damals gelesen, um vielleicht daraus für seine Arbeit Unterstützung zu finden; ich bin mit dem Finanzminister politisch nunmehr 22 Jahre thätig und ich bin für ihn kein unschuldiges, unbeschriebenes, weißes Blatt. Wenn der Finanzminister meine Ansicht wirklich berücksichtigen will, so braucht er nicht erst auf den Sommerartikel der „Freimüthigen Zeitung“ zu warten, sondern es können ihm sehr leicht einige seiner Hilfsarbeiter meine früheren Aeußerungen zusammenstellen. Aber der Finanzminister ist ungeachtet auch für mich kein weißes unbeschriebenes, unschuldiges Blatt. Ich brauche auf seine Vorschläge nicht zu warten, bis sie mir schwarz auf weiß als Regierungsvorlagen gegenüberliegen. Ich weiß, wo ich auf politischem Gebiete mit dem Finanzminister zusammentreffe und wo uns unüberbrückbare Gegensätze trennen. Ich stehe dem Finanzminister sehr nahe in Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung; ich erinnere mich mit großer Freude an die Zeit, wo ich unter seinem Vorsitz Mitglied einer Kommission zur Reform der Städteordnung war. Wir haben damals eingehende und interessante Erörterungen gepflogen und haben ein allgemein so befriedigendes Werk zusammengebracht, daß am Schlusse der Beratungen alle Theilnehmer aller Parteien den Regierungskommissären im Rathsteller ein Festessen gaben; alle Parteien mit Einschluß des Herrn Cremer, der damals noch nicht so wild war. (Heiterkeit.) Würde das Ministerium diesen Entwurf von 1876 hervorholen, so bin ich überzeugt, daß er eine Grundlage für die Neugestaltung der Städteordnung bilden würde, die alleseitig acceptirt werden würde und zur Belebung unseres Kommunalwesens in den Städten führen würde. Gerecht hat es mich allerdings zu sehen, daß aus einem Ministerium, dem der Finanzminister angehört, eine solche Arbeit hervorgehen konnte wie das Schulgesetz. Das ist eine vollständige Vernichtung der Selbstverwaltung, eine Ironie auf dieselbe. Diesen Widerspruch kann ich aus der Vorlage nicht lösen. Es kommt hier aber auf die steuerpolitischen und wirtschaftlich politischen Ansichten an, und darin befinde ich mich zu dem Finanzminister in einem erheblichen Widerspruch.

Ich habe von dem Finanzminister nicht gesagt, daß es ihm an

neuen Gedanken für die Steuerpolitik und die Steuerreform fehlt, ich meine, er hat eher zu viel, als zu wenig Gedanken auf diesem Gebiete. Mir kommt es so vor, als ob seine Gedanken nicht so leicht im Raum bei einander wohnen, sondern daß sie sich in einer Weise stoßen, daß ihr Widerspruch schon in der Diskussion hervorgetreten ist. Dann scheinen mir seine Gedanken wieder so beweglich zu sein, daß es überaus gefährlich ist, ihm in Steuerfragen noch neue Anregungen zu geben. Ich habe von dem Finanzminister die volle Ueberzeugung, daß er in seiner Stellung seiner ehrlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat. Was kann ihn sonst veranlassen, ein Ministerportefeuille anzunehmen, als die Ueberzeugung, daß, was er auch in der parlamentarischen Stellung vertreten hat, zur Ausführung zu bringen? Das bedurfte deshalb auch keiner besonderen Betonung mir gegenüber. Ich stimme dem Finanzminister auch in Bezug auf die Versöhnung bei. Ich wünsche, daß die Feindseligkeiten der Parteien unter einander, wobei man den politischen Gegner als eine Persönlichkeit hinstellt, von der man es nicht voraussetzt, daß er es ehrlich meint, aufhören. Ich habe das am ersten Tage, als der Ministerpräsident hier gesprochen hat, gesagt, daß ich zwischen Feinden und Gegnern unterscheide, und ich muß anerkennen, daß in gewisser Beziehung seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck im Ministerium eine Besserung eingetreten ist. Aber wie ist es bei den Parteien? Ich lese heute zum Beispiel in konservativen Flugblättern über die Erbschaft in Schlochau-Platow, daß, wer den freimüthigen Kandidaten Neufürch wähle, lettere Deutschland an die Polen aus, der Sieg der Freimüthigen sei das Herabziehen der deutschen Fahne. Das ist kein ehrlicher Parteikampf, wenn man in dieser Weise einen Freimüthigen und einen geborenen Westfalen charakterisirt. Man kann vielleicht sagen: die Regierung sei nicht dafür verantwortlich und die Konservativen sehen das vielleicht auch nicht gern. Aber heute ist das Ergänzungsbuch des neuen Lehrbuchs für Seminaristen mir zu Gesicht gekommen, welches in der Ausführung eines an sich richtigen Gedankens das bekannte Programm Seiner Majestät des Kaisers aufstellt. In diesem Programm ist von der Invaliditätsversicherung die Rede. Da heißt es (der Inhalt des Gesetzes wird nicht angeführt) wörtlich: „Die Segnungen des Gesetzes können nur von denjenigen bestritten werden, die darauf ausgehen, Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu verbreiten, und diese Unzufriedenheit für sich auszunutzen.“ (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die hier „sehr richtig!“ gerufen haben, sind anscheinend auf dem veröhnlichen Standpunkt sammt und sonders noch nicht angekommen. Also diejenigen, die gegen das Invaliditätsgesetz gestimmt haben, haben die Arbeiter im Parteinteresse aufgeben wollen? Und nun, wer hat dagegen gestimmt? Außer dem Freisinn und dem Gros des Zentrums eine erhebliche Anzahl von Konservativen und Nationalliberalen. Und heute werden Sie finden, daß die Ansichten im Lande über diese Segnungen noch zweifelhafter sind als damals (Sehr richtig! links). Wenn man in dieser Weise in einem Buche, welches amtlich für die Ausbildung der Seminarlehrer bestimmt ist, alle diejenigen, die einem bestimmten Gesetze widersprochen haben, ohne Angabe der Gründe — darüber schweigt das Buch — als böswillige Unruhestifter hinstellt, so ist das nicht geeignet, ein solches Programm zu fördern und zur Versöhnung beizutragen.

Ganz anders stehe ich in Bezug auf die politischen Prinzipien, da bin ich der Meinung, daß die Vermittlungspolitik, die Kompromisspolitik nur zur politischen Verumpfung führt. Denn hier giebt es ein Schwarz und Weiß in Grau malen nicht. Hier bin ich für einen frischen lebendigen Kampf und ich bin der Meinung, daß nur aus dem politischen Kampfe sich der Wahrheit spröder Kern zum Besten des Landes und des Volkes herauschält. Es ist von Fraktionsinteressen im Gegensatz zu allgemeinen Interessen gesprochen worden. Man hat es so dargestellt, als ob die Fraktionen ein überwundener Standpunkt seien, ein alter Trödel, alte Kleider, die man ablegen müsse. Auf dem Standpunkt stehe ich absolut nicht. Für mich läßt sich das Fraktionsinteresse nicht vom allgemeinen Interesse trennen. Wenn ich aus äußern Gründen Fraktionsinteressen vertreten wollte, dann würde ich mich nicht der Fraktion angeschlossen haben, die der herrschenden Richtung gegenüber die undankbarste Rolle hat. Ich habe mich der Fraktion angeschlossen, weil ich meinte, daß das Programm derselben am meisten geeignet ist, das Wohl des Volkes und des Vaterlandes zu fördern, und insofern halte ich meine Thätigkeit keineswegs für unüthig, ich bin der Meinung, daß sie gerade um so nützlicher ist, je mehr die Gesetzgebung eine einseitige agrarische Richtung nimmt, die um so gefährlicher ist, als der gegenwärtige Finanzminister ihr seine Unterstützung leiht. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miquel: Ich bin sehr erfreut, daß Abg. Richter hier in seiner Rede eine ganz andere Sprache gehabt hat, als ich sie sonst von ihm gehört habe. Denn ich erblicke schon darin einen Anfang des Besseren. Ich freue mich und acceptire es gern, wenn er sagt, die persönlichen Gegensätze und das Unterscheiden falscher Motive verdamme auch ich, und ich hoffe, daß seine Sprache in Zukunft dieser seiner Gesinnung entsprechen wird. (Bravo!) Ob es dieser Gesinnung entsprach, wenn, ehe der Abg. Richter etwas sagte, er mich beim ersten Tage, wo mein Name überhaupt genannt wurde, als künftigen Minister, als den Steuer-schlepper bezeichnete, als den Mann, der weiter nichts wolle und könne, als dem Lande neue Steuern aufzuerlegen, daß es sich nicht um neue Reformen handle, sondern um Belastungen, und wenn andere Blätter sich entgegen dahin aussprachen, daß das garnicht zu erwarten wäre, daß es gar nicht die Absicht des Ministers sein könne, ein großes Mehr für die Staatskasse herauszuschlagen, sondern daß es auf eine wirkliche Reform abgesehen sei, wenn da aus dieser Vertheidigung hergeleitet wurde: Halt, da ist die offizielle Presse, da ist Lohndiebstahl —, so weiß ich nicht, wie das mit der veröhnlichen Stimmung übereinstimmt. Ich hoffe, daß in Zukunft, was die Form betrifft und die Angriffe auf Personen, der Abg. Richter auch auf den Standpunkt ankommen wird, den ich in meiner an Kämpfen so reichen parlamentarischen Thätigkeit immer eingenommen habe. Ich provozire jeden, ob er in meinen Reden seit dem Jahre 1866 Anfälle gegen Parteien oder gegen Personen finden kann, und ich werde sehr zufrieden sein, wenn Abg. Richter dasselbe von sich sagen kann. Wenn nun immer behauptet wird, daß eine offizielle Presse existire, wenn sogar Namen genannt worden sind, beispielsweise der Chefredakteur der „Berliner Politischen Nachrichten“, als wenn er von mir instruirt wäre, etwas von mir in die Presse zu bringen, so muß ich das vollständig bestritten. Es giebt keine offizielle Presse, es giebt keine Presse, die behaupten könnte, die Staatsregierung in ihren Ansichten vertreten zu können, als den „Staats-Anzeiger“. Damit ist aber garnicht zu vergleichen, wenn eine Zeitung sich die Aufgabe gestellt hat, gewisse Fragen zu Gunsten der Regierung zu vertreten. Wie soll ich das denn hindern? Wie soll ich den Leuten sagen: Ihr habt nichts zu schreiben. Dann würden sie mich einfach auslachen und sagen: Wir haben eine freie Presse. Ein Organ, das berufen ist, in nicht offizieller, sondern offizieller Weise die Staatsregierung zu vertreten, ist nicht vorhanden. Der Abgeordnete meint, ich hätte leicht erfahren können, welche Ansichten er denn nun eigentlich zu vertreten gedente, da hätte ich nur seine gesammten früheren Reden durchlesen brauchen. Ich habe mit Mitgliedern aller Parteien über die Steuerreform gesprochen, auch mit Männern aus der freimüthigen Partei. Ich würde auch den Abg. Richter gebeten haben, mir seine Ansichten mitzutheilen, wenn ich auf irgend eine Geneigtheit, bei Aufstellung dieser Entwürfe mitzuwirken, seinerseits hätte

hoffen können. Aber nach einer solchen ausgesprochenen Haltung seines Blattes konnte er das bei der größten Gutmüthigkeit meinerseits nicht erwarten. Sachlich diskutire ich eben so gern, wie der Abg. Richter, und ich habe in den letzten Jahren meiner parlamentarischen Thätigkeit genug Beweise davon gegeben. Ich scheue keine sachliche Diskussion, ich wünsche den Rath aller besonnenen Männer; aber ich scheue mich in rein persönlichen Dingen in Gegenätze einzutreten.

Es wurde behauptet, ich hätte gesagt, die Parteien sollten gänzlich abgesehen werden. Eine solche Narrheit habe ich nicht behauptet. Das habe ich betont, daß die unbedingte Befangenheit gegenüber dem einmal fest aufgestellten Programm dahin führt, daß man die Veränderung der Dinge nicht mehr sieht und nicht im Stande ist, nach Maßgabe der jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieselben zu begreifen. Die Gefahr, welche dadurch entsteht, daß man nicht anerkennt, was andere sagen, die habe ich immer bekämpft, und werde sie immer bekämpfen, und ich bin fest überzeugt, daß ich damit unserem Vaterlande gedient habe, und unserm Volke, und ich bleibe dabei; vergessen wir doch nicht, welche großen gemeinsamen Interessen wir zu vertreten haben, und wie gering dagegen die divergirenden Interessen im Großen und Ganzen sind. Dann werden wir uns auch verständigen über die Divergenzen. Wenn nicht, dann entscheidet die letzte ratio, die Abstimmung nach Mehrheiten. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler: Ich habe hier zunächst nur das Verfahren des Abg. Richter kennzeichnen wollen, mit welchem er Ausführungen eines nationalliberalen Blattes mit der nationalliberalen Partei identifiziert. Wir sind nicht die Hälfte so viel verantwortlich für die Artikel in den nationalliberalen Blättern wie Herr Richter für die in der „Freisinnigen Zeitung“. Am meisten gewundert aber habe ich mich, daß er mir vorgeworfen hat, daß ich mich vorbereitet habe. Die großen Leistungen und das große Verdienst des Herrn Richter besteht doch darin, daß er sich vorbereitet, ja nicht nur sich, sondern auch sein Publikum in den Artikeln der „Freisinnigen Zeitung“. Wenn Herr Richter dann fordert, ich solle es ihm vorher sagen, wenn ich eine Rede halten will, so kann ich dieselbe Vorbereitung an ihn stellen, und er kann ja auch zugleich das Haus darauf vorbereiten, indem er die einzelnen Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ dem Hause geordnet vorlegt.

Hierauf wird von der Mehrheit die Diskussion geschlossen und dem Abg. Richter, der sich noch zum Worte gemeldet hatte, das Wort abgeschnitten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter: Dem Herrn Finanzminister gegenüber gestatte ich mir noch eine Nichtigstellung. Dieser meinte, ich hätte zugegeben, über seine Pläne geschrieben zu haben, ehe ich sie kannte. Das ist nicht der Fall. Ich habe erst angefangen, über dieselben zu schreiben, nachdem die offizielle Presse Lobeserhebungen über dieselben von Tag zu Tag verbreitete.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich bitte, meine Bemerkung über die „Freisinnige Zeitung“ nicht dahin zu interpretieren, als wenn ich der Sache irgend eine Wichtigkeit beilegte. Das ist nur im Gange der Diskussion geschehen. Ich habe unzählige Male in der freisinnigen Presse gelesen, daß eine offizielle Pressebeschäftigung sei, daß im übrigen unbekanntes Programm des Finanzministers zu loben, und daß es daher berechtigt sei, dagegen aufzutreten. Ich habe erklärt, solche offizielle Pressebeschäftigung existiere nicht, und damit fällt der Vorwand über den Haufen. Zweitens aber, wenn man in der „Freisinnigen Zeitung“ las, daß das Ganze darauf hinausläufe, mehr Steuern aus dem Volke herauszubringen, ohne daß dazu irgend ein Grund vorliege, und mich damals irgend ein Mensch offen fragte: Wollen Sie denn mehr Einnahmen für den Staat erzielen? so würde ich unbedenklich gesagt haben: Nein, und wenn das in der freisinnigen Presse steht, so ist das unwahr. Wenn nun ein Mann nach einer solchen Frage und Antwort schreibt: Die Art und Weise, wie die „Freisinnige Presse“ die Sache darstellt und die Vorlage verdächtigt, ist nicht richtig, wir haben uns erkundigt dann hieß es: „Nun wissen wir es erst recht, das ist eine offizielle Presse. Ich wiederhole, es giebt jetzt kein Organ, welches von der Staatsregierung Mittheilungen erhält, um die Ansichten der Staatsregierung zu vertreten, als der „Staatsanzeiger“, und es kann daher meinerseits auch nur bestätigt werden, was in dieser Hinsicht schon seitens anderer Minister ausdrücklich anerkannt worden ist.

Durch die Ausführungen des Finanzministers ist nach der Geschäftsordnung die Debatte von Neuem eröffnet worden. Es wird jedoch sofort wiederum der Schluß der Diskussion beantragt und angenommen.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß, nachdem, was sonst ungewöhnlich ist, der Herr Minister die sachliche Diskussion wieder eröffnet hat, das Haus, ohne einen Abgeordneten Gelegenheit zu geben auch nur kurz sachlich zu erwidern, durch Schluß der Diskussion die Erwiderung unterdrückt hat. Zur Erhöhung des parlamentarischen Ansehens dieses Hauses wird das nicht beitragen. (Große Unruhe rechts.)

Präsident von Köller beruft sich darauf, daß es nach § 44 der Geschäftsordnung zulässig ist, in dieser Weise zu schließen, und daher eine Kritik über den Beschluß des Hauses keinem Abgeordneten zustehe. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Erbschaftsteuer.)

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. November.

Der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Sonntag dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei. Nachmittags unternahmen die kaiserlichen Majestäten eine gemeinsame Ausfahrt in die nächste Umgegend des Palais. Morgen Vormittag gedenkt der Kaiser sich zur Jagd nach Schleien zu begeben und von dort mit seiner Begleitung am Sonntag, den 30. d. Mts., wieder in Potsdam einzutreffen. Am gestrigen Todtenfeste ließen die kaiserlichen Majestäten im Mausoleum zu Charlottenburg und in dem Mausoleum der Friedenskirche am Sarge Kaiser Friedrichs III. prächtige Kränze und Blumenpenden niederlegen. Vor dem Besuche des Gottesdienstes in der Friedenskirche verweilten die Majestäten längere Zeit in stiller Andacht in der Grabkapelle weiland Kaiser Friedrich III.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten von Berlin ist von dem Kaiser auf die Glückwunschkarte anlässlich der Vermählung S. K. H. der Prinzessin Viktoria folgendes Dankschreiben zugegangen;

„Erfreut durch die herzlichen Wünsche, welche Mir der Magistrat und die Stadtverordneten zu der Vermählung Meiner vielgeliebten Schwester, Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria von Preußen, in der Adresse vom 19. ds. Mts. zum Ausdruck gebracht haben, spreche Ich den städtischen Behörden Meiner Haupt-

Residenzstadt für diese erneute Umgebung treuer Anhänglichkeit Meinen besten Dank aus.

Neues Palais, 22. Nov. 1890.

gez. Wilhelm R.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Vermischtes.

† **Hochwasser und Ueberschwemmungen** werden aus verschiedenen Theilen Deutschlands und Oesterreichs gemeldet. In Folge starker Regengüsse ist die Wupper ausgetreten und ein großer Theil Elberfelds und Barmens überschwemmt. Die meisten Schulen sind geschlossen; der Zugang zu den großen Fabriken ist gesperrt. Der Pferdebahn-Verkehr ist eingestellt. Das Wasser steigt. In den Fabriken des Bollmehls bei Hagen kann des Hochwassers wegen nicht gearbeitet werden. Theater und Vergnügungslokale sind wegen der Ueberschwemmung geschlossen. Die meisten Tagesblätter sind nicht erschienen. Von den Hauptstraßen sind nur die Hofamperstraße, die Louisestraße und der Neumarkt von Wasser frei. Mehrere Häuser an der Wupper, deren Einsturz befürchtet wird, sind polizeilich geräumt worden. Die Feuerwehr mußte ihre Gerätschaften auf dem höher gelegenen Neumarkt in Sicherheit bringen. — Der Rhein mit seinen Nebenflüssen, besonders die Mosel steigt andauernd. Fast aus allen Theilen des Rheinlandes und Westfalens treffen Ueberschwemmungs-Nachrichten ein. Manche Züge können wegen der Streckenunterbrechungen nicht ausfahren. Bei Dpladen erreichte die Wupper eine ganz außergewöhnliche Höhe; die Straßen des Ortes sind überschwemmt. Auch die Flüsse Emsche und Ferne sind aus den Ufern getreten und haben weite Strecken überschwemmt. Hier bei Köln ist der Rhein innerhalb vierundzwanzig Stunden von 1,40 auf 4,17 Meter gestiegen. Auch im ganzen Westphale herrscht Hochwasser. Die nördlich der Eisenbahn gelegenen Stadttheile von Eifenach stehen unter Wasser. Die Feuerwehr ist alarmirt. In gleicher Weise steigt die Elbe, es wird das abermalige Eintreten von Hochwasser befürchtet. Aus Karlsbad wird gemeldet: Die Tepl ist 4 Meter über die normale Höhe gestiegen. Das Haus Cafebaum ist eingestürzt. Vier Brücken, sowie alle Gäden auf der alten und neuen Wiese sind vom Wasser weggerissen. Die Gas- und Wasserleitung ist zerstört, der Schaden enorm. Soweit bekannt, ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Auf der im Betriebe der Nordwestbahn befindlichen Lokalbahn Großpriesen-Bernstadt-Anscha ist in Folge Dammrutschung und Unterwäsung einer Brücke der gesammte Verkehr eingestellt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 24. Nov. Das Uebungsgeschwader, bestehend aus S. M. Panzerschiffen „Kaiser“ (Flaggschiff), „Deutschland“, „Friedrich Karl“, „Preußen“ und S. M. Aviso „Pfeil“, Geschwaderchef Kontré-Admiral Schröder, ist am 23. November d. J. von Alexandrien nach Port Said in See gegangen, noch an demselben Tage dort eingetroffen und beabsichtigt am 29. dess. Mts. die Reise nach Mytilene fortzusetzen.

S. M. Kanonenboot „Nyäne“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Plachte, ist am 22. November in Gabon eingetroffen und beabsichtigt am 25. desselben Monats wieder in See zu gehen.

Frankfurt a. M., 24. Nov. Das Hauptgebäude für die im nächsten Jahre hier stattfindende elektro-technische Ausstellung ist heute früh in Folge des herrschenden Sturmes vollständig zusammengefallen.

Mün., 24. Nov. Der heute hier abgehaltene Katholikentag hat die bereits gestern gemeldeten Resolutionen angenommen. Der Katholikentag ist von mehr als 10 000 Personen besucht.

Würzburg, 24. Nov. Bei der heutigen Gemeindevahl wurden durchweg die von den Liberalen aufgestellten Kandidaten gewählt.

Leipzig, 24. Nov. Der Direktor der hiesigen Augenheilanstalt, Geheimrath Professor Dr. Coccius, ist gestorben.

Karlsruhe, 24. Nov. Prinz Karl ist an einer doppel-seitigen Bronchitis erkrankt, die sich aus einer Grippe entwickelte. Das Gutachten der Aerzte lautet heute befriedigender, da die Körpertemperatur des Prinzen, die gestern Abend über 39 Gr. betrug, heute auf 37 gesunken ist. Der Großherzog und die Großherzogin sind heute aus Baden-Baden zum Besuche des Prinzen eingetroffen.

Prag, 24. Nov. Elf Dissidenten der alttschechischen Partei, sowie zwei keiner Partei Angehörige haben eine neue unabhängige Landtagsgruppe gebildet. Obmann der neuen Gruppe ist der Abgeordnete Skarda.

Bemesvar, 24. Nov. Im Prozesse wegen der bekannten Lottaaffaire hat der Gerichtshof die Angeklagten Farkas, Szobovits und Büspöky wegen Betruges zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Frau Telcsy ist wegen Betruges zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Außerdem haben die Verurtheilten an die österreichische Staatsverwaltung 480 000 Fl. Schadenersatz zu leisten.

Brüg, 24. Nov. Der Anna-schacht der Brüyer Bergbaugesellschaft in Eschbach ist durch Niedergehen mehrerer Abbaupläne größtentheils unter Wasser gesetzt. Von den bei der Grube beschäftigten Arbeitern sollen gegen 20 umgekommen sein.

London, 24. Nov. Das parnellitische Journal „Staar“ will wissen, Parnell habe nunmehr beschlossen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

Berlin, 25. Nov. Zu dem parlamentarischen Diner, welches gestern bei dem Reichskanzler v. Caprivi stattfand, erschien der Kaiser bald nach 5 1/4 Uhr und begrüßte die ihm bekannten Abgeordneten buldreich, besonders auch Herrn Windthorst. Der Kaiser zeigte sich bei Tafel und im Verkehr ganz zwanglos. Er saß zwischen dem Herzog von Ratibor und dem Staatssekretär v. Bötticher, dem Kaiser gegenüber Caprivi zwischen Maybach und v. Köller, die übrigen Gäste waren nach dem Alter gruppiert. Der Kaiser verweilte nach der Tafel im engeren Kreise, in welchem stets Abgeordnete und Minister wechselten. Se. Majestät zeichnete in der Unterhaltung auch den aus Regensburg gebürtigen Bischof Anzer von China aus. Der Kaiser verließ das Kanzlerpalais bald nach

8 Uhr und begab sich nach dem Deutschen Theater, woselbst er bis zum Schluß verweilte.

Hamburg, 25. Nov. In Folge Beschlusses des Vereins der Tabak- und Zigarren-Fabrikanten schlossen gestern 26 Tabakfabriken in Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbeck. 3000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung. Der „Hamb. Korresp.“ giebt als Grund dieser Maßregel an, die Zigarrenfortirer der Fabrik Langhaus hätten die Entlassung der nicht dem Freundschaftsklub angehörenden Sortirer gefordert; andererseits wird eine Forderung der Arbeiter um 20 Proz. Lohnerhöhung als Grund angegeben.

Paris, 25. Nov. Der Kaufmann Georg Stözel aus Mülhausen i. E., welcher am 26. Mai auf dem Bahnhofe Saint-Lazare den Liebhaber seiner Frau, Heinrich Simendinger erschoss, wurde von den Geschworenen freigesprochen.

Die Abendblätter bringen ein Communiqué der Regierung, nach welchem dieser verschiedene Klagen zugekommen sind, daß sich einzelne nordamerikanische Konsuln weigerten, die den Exporteuren vorgelegten Fakturen zu legalisiren, weil sie nicht mit genügenden Details über den Herstellungspreis versehen sind. Die Blätter heben hervor, es läge darin entweder eine engherzige oder mißbräuchliche Interpretation der Mac-Kinley-Bill.

Marktberichte.

Bromberg, 24. November. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute, gesunde Mittelqualität 178 — 188 Mt., feinstes über Notiz. — Roggen je nach Qualität 162 — 170 Mt., feinstes über Notiz. — Gerste unverändert nach Qual. 130 — 145 Mt., gute Brauwaare 146 — 152 Mt. — Futtererbsen 125 — 135 Mt., Kocherbsen 145 — 152 Mt. — Hafer je nach Qualität 125 — 135 Mt. — Spiritus 50er Konium 59,50 Mt., 70er 40,00 Mt.

Marktpreise zu Breslau am 24. November.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute		mittlere		gering. Waare	
	Höchst. M. Bf.	Niedrigst. M. Bf.	Höchst. M. Bf.	Niedrigst. M. Bf.	Höchst. M. Bf.	Niedrigst. M. Bf.
Weizen, weißer n.	20 10	19 80	19 50	19 —	18 50	18 —
Weizen, gelber n.	20 —	19 80	19 50	19 —	18 50	18 —
Roggen	18 —	17 70	17 50	17 30	16 80	16 30
Gerste	17 10	16 50	15 50	15 —	14 40	13 40
Hafer alter	—	—	—	—	—	—
ditto neuer	13 50	13 30	13 10	12 90	12 70	12 50
Erbsen	17 50	17 —	16 50	16 —	15 —	14 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

Raps, per 100 Kilogramm, 23,80 — 21,90 — 19,60 Mark.
Winterrüben 23,20 — 20,20 — 19,— Mark.
Dotter 20,— — 19,— — 18,— Mark.
Schlaglein 21,50 — 20,— — 18,— Mark.

Breslau, 24. Novbr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. —, Cr., abgelaufene Kündigungsscheine. — Per November 177,00 Br., November-Dezbr. 175 Br., Dezbr.-Januar —, April-Mai 166 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogr.) — Per November 132,00 Gd., November-Dezember 131,00 Gd., April-Mai 132,00 Gd. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — Per November 60,00 Br., Novbr.-Dezbr. 59,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe. Per November (50er) 58,80 Gd., (70er) 39,20 Gd., Novbr.-Dezbr. 39,20 Gd., April-Mai 40,50 Gd. — Zink. Ohne Umjab. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
24. Nachm. 2	72,5	WS mäßig	bedeckt	4,2
24. Abends 9	73,5	ND mäßig	bedeckt	1,5
25. Morgs. 7	74,4	ND stark	bedeckt	6,7

¹⁾ Von 4 1/2 Uhr an Regen.

Am 24. Novbr. Wärme-Maximum + 4,5° Cels.

Am 24. = Wärme-Minimum + 1,5° =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurze.

Breslau, 24. Nov. Nachgebend. 3 1/2% ige L.-Bundbriefe 96,90, 4% ige ungarische Goldrente 89,10, Konsolidirte Türken 17,90, Türkische Looje 78,50, Breslauer Distontobank 105,00, Breslauer Wechselbank 104,25, Schleifischer Bankverein 122,75, Kreditaktien*) 163,60, Donnersmarktchle 79,25, Oberschlesische Eisenbahn 89,00, Doppelner Zement 107,00, Kramka 132,00, Laurahütte 134,60, Verein. Delfabr. 95,50, Oesterreichische Banknoten 177,25, Russische Banknoten 239,25. *) per ultimo. Schles. Zinkaktien 196,50, Oberschles. Portland-Zement 120,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,50, Flöther Maschinenbau 118,00.

Frankfurt a. M., 24. Novbr. Effekten = Sozietät (Schluß). Kreditakt. 261, Franzosen 211 1/2, Lombarden 118 1/2, Galzler —, Egyptian 96,70, 4% ungar. Goldrente 89,50, 1880er Russen —, Gotthardbahn 158,10, Diskonto-Kommandit 208,10, Dresdner Bank 151,60, Laurahütte 134,50, Gelsenkirchen 167,20, Courl Bergwerk —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Tabaksaktien 154,10. Feil.

Wien, 24. Nov. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 349,25, österr. Kreditaktien 295,25, Franzosen 241,50, Lombarden 134,50, Galzler 202,10, Nordwestbahn 217,50, Elbethalbahn 225,50, österr. Papierrente 88,05, do. Goldrente 107,50, 5proz. ungar. Papierrente 99,25, 4proz. do. Goldrente 101,35, Marknoten 56,45, Napoleons 9,10, Bankverein 116,25, Tabaksaktien 133,50, Alpine Montan 92,30, Unionbank 236,75, Länzerbank 220,30. Bahnen feil.

London, 24. Novbr. Abends. Breussische Conjols 104, engl. 2 1/2 Proz. Conjols 95 1/2, tonv. Türken 17 1/2, 4 Proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 97 1/2, Italiener 92 1/2, 4 Proz. ungarische Goldrente 89 1/2, 4 Proz. unific. Egyptian 95, Ottomanbank 14 1/2, 6proz. konsol. Mexikaner alte 92, neue Mexikaner 2 1/2 Proz. perbe. Silber 47 1/2, Lombarden —, 3 1/2 Proz. Egyptian 91 1/2, De Beers —, Rio Tinto —, Suezaktien —, Rupees 80 1/2.

Petersburg, 24. Novbr. Wechsel auf London 84,15, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 104 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 270 1/2, Petersburger Diskontobank 598, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 487, Russ. 4 1/2 Proz. Bodentredit-Bandbriefe 134 1/2, Große Russ. Eisenbahn 212, Kurst.-Kiew-Aktien —, Russ. Südwestbahn-Aktien 111. Privatdiskont 5 Prozent.

Rio de Janeiro, 22. Nov. Wechsel auf London 22.

Produkten-Kurze.

Köln, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19,00, do. fremder loco 22,00, per November 20,25, per März 19,55.

Roggen hiesiger loco 17,50, fremder loco 19,25, per November 18,15, per März 17,20. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder 17,00. Rüböl loco 63,50, per Mai 58,00.

Bremen, 24. Nov. Petroleum. (Schlußbericht) ruhig, Standard white loco 6,25 Br.

Altkien des Norddeutschen Lloyd 144 3/4 Gd. Norddeutsche W. Kammerei 204 Br.

Hamburg, 24. Nov. Bremermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüböl-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ufance, frei am Nord Hamburg per Nov. 12,35, per Dez. 12,45, per März 1891 12,97 1/2, per Mai 13,22 1/2. Stettin.

Hamburg, 24. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Novbr. 86, per Dezbr. 84, per März 77 3/4, per Mai 76 1/2. Kuba.

Hamburg, 24. Novemb. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteiner loco —, neuer 184—195. Roggen loco ruhig, meckl. loco neuer 178—188, russischer loco ruhig, 133—136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 59. Spiritus fest, per November 29 1/2 Br., per Novbr. = Dezbr. 29 Br., per Dezember-Januar 29 Br., per April-Mai 29 Br. Kaffee fest. Umsatz 1500 Sack. Petroleum ruhig. Standard white loco 6,30 Br., per Dezemb. 6,20 Br. Wetter: Regnerisch.

Wien, 24. November. (Produktenmarkt.) Weizen loco ruhig, per Herbst — Gd., — Br., Frühjahr 8,06 Gd., 8,08 Br. — Hafer per Herbst — Gd., — Br., Frühjahr 7,30 Gd., 7,32 Br. — Mais per Mai-Juni 91 6,26 Gd., 6,28 Br. — Rohraps per Aug. = Sept. 1891 13,55 a 13,65. Wetter: Bewölkt.

Paris, 24. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 25,80, per Dezember 25,70, per Januar-April 25,80, per März-Juni 26,10. Roggen behauptet, per November 16,70, per März-Juni 17,30. Mehl ruhig, per November 58,60, per Dezember 58,40, per Januar-April 58,10, per März-Juni 58,10. Rüböl beh., per November 63,00, per Dezember 63,50, per Januar-April 64,25, per März-Juni 64,50. Spiritus ruhig, per November 37,25, per Dezember 37,75, per Januar-April 38,50, per Mai-August 39,50. — Wetter: Regnerisch.

Paris, 24. Nov. (Schlußbericht.) Rohzucker 888 ruhig, loco 33,00 a 33,25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 35,37 1/2, per Dezember 35,75, per Januar-April 36,25, per März-Juni 36,87 1/2.

Savre, 24. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse. Rio 6 000 Sack, Santos 17 000 Sack. Kettes für Sonnabend.

Savre, 24. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Dezember 105,25, per März 1891 98,50, per Mai 97,00. Fest.

Amsterdam, 24. Nov. Bancazinn 56 1/2.

Amsterdam, 24. Nov. Java-Kaffee good ordinary 58 1/2.

Amsterdam, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unbedeutend, per November —, per März 159 a 158, per Mai 156 a 155 a 154. Raps per Frühjahr —. Rüböl loco 29 1/2, per Dezember 29, per Mai 1891 29 1/2.

Antwerpen, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 24. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 3/8 bez. und Br., per Novbr. 16 Br., per Dezember 16 Br., per Januar-März 16 1/4 Br. — Fest.

London, 24. Nov. 96pCt. Tabakzucker loco 15 ruhig, Rüböl-Rohzucker loco 12 1/2 matt. Centrifugal Kuba —.

London, 24. Nov. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regenschauer.

London, 24. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen sehr träge, russischer und wenige weiße Sorten 1/4 bis 1/2 sh niedriger als vorige Woche. Mehl und Malzgerste fest, Mais, Malzgerste und Hafer träge, russischer Hafer fest, ruhig, Erbsen gefragt, Bohnen fest, theurer.

London, 24. Nov. Die Getreidezufuhren betragen in der

Woche vom 15. bis zum 21. November: Englischer Weizen 2824, fremder 57 717, englische Gerste 2266, fremde 24 472, englische Malzgerste 14 843, fremde —, englischer Hafer 969, fremder 69240 Orts. Englisches Mehl 18 786, fremdes 11 945 Sack.

London, 24. Nov. Schilf-Kupfer 56 1/2, per 3 Monat 56 1/2. Glasgow, 24. Nov. Kohleisen. (Schluß.) Mixed numbers Warrants 48 sh. 4 d.

Glasgow, 24. Nov. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 6300 Tons gegen 7200 in derselben Woche des vorigen Jahres.

Bradford, 24. Nov. Wolle ruhig, weichend, englische Wolle 1/2 niedriger seit vorigen Auktionschluß. Garne und Stoffe ruhig.

Liverpool, 24. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Ruhig. Tinnevelly 1/4 niedriger.

Widdl. amerikanische Lieferungen: November-Dezember 5 3/4 Käuferpreis, Dezember-Januar 5 1/4 do., Januar-Februar 5 1/2 Verkäuferpreis, Februar-März 5 1/4 do., März-April 5 1/2 do., April-Mai 5 1/4 Käuferpreis, Mai-Juni 5 1/2 Verkäuferpreis, Juni-Juli 5 1/4 do., Juli-August 5 1/2 do. Käuferpreis.

Berlin, 25. Nov. Wetter: Regen. Newyork, 24. Nov. Rother Winterweizen per November 1 D. 4 1/2 C. per Dezember 1 D. 4 3/8 C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 24. Nov. Die heutige Börse eröffnete und verlief im Wesentlichen in schwacher Haltung. Die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet zumeist etwas schwächer ein, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen weniger günstig lauteten. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs entwickelten sich bei zumeist ruhigem Geschäft mehrfach kleinere Schwankungen und der Börsenschluß erwich im Allgemeinen befriedigt.

Der Kapitalmarkt zeigte verhältnismäßig feste Haltung für heimische solide Anlagen ohne größere Regsamkeit; fremde festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist ziemlich behaupten. Russische Noten waren abgeschwächt.

Der Privatdiskont wurde mit 5 1/2 Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet waren österreichische Kreditaktien Anfangs schwach und nachgebend, schlossen aber fester ohne Lebhaftigkeit; Franzosen waren matter, auch Lombarden und andere österreichische Bahnen abgeschwächt, schweizerische Bahnen matt, Warschau-Wien schwächer.

Inländische Eisenbahnaktien zeigten gleichfalls durchschnittlich Abschwächungen und blieben ruhig, namentlich Mainz-Ludwigshafen, Marienburg-Mlawka und ostpreussische Südbahn weichend.

Bankaktien in den Kassavertheil wenig verändert und ruhig; die spekulativen Devisen zu abgeschwächten Notierungen etwas lebhafter, wie namentlich Diskontokommandit, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile und Aktien der Darmstädter Bank, Aktien der Deutschen Bank behauptet.

Industriepapiere wenig verändert, Montanwerthe schwach.

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Nov. Aus Newyork wird vom Sonnabend eine weitere Steigerung für Weizen gemeldet. Hier war das Geschäft heute sehr still, und die Breite hielten ca. 1/2 M. ein. Für Roggen zeigte sich heute besseres Angebot von Waare; dazu verhärteten einige Realisationen den Druck auf nahe Termine, welche 1/2—2 Mark einbüßten. Per Frühjahr beträgt der Abschlag nur 1/2 M. Einige hundert Büffel sind ab Libau gekauft, der Preis wird mit 128 M. cif Stettin angegeben. Hafer bei sehr geringen Umläufen ca. 1/2 M. billiger. Roggenmehl in ziemlich regem Umlauf zu etwas ermäßigten Preisen. Rüböl behauptet. Spiritus war auf Meinungskäufe für Frühjahr- und Sommertermine sehr fest und durchweg 50 Pf. theurer. Die gute Lokozufuhr wurde zu etwas besseren Preisen aus dem Markt genommen.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilogramm. Loko geschäftlos. Termine ruhig. Gefündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis 193 M. Loko 184—195 M. nach

Qualität. Lieferungsqualität 191 Markt, per diesen Monat 193 bezahlt, per November-Dezember 191,5—191,75 bis 191,25 bez., per Dezember-Januar —, per März-April —, per April-Mai 191,75—191,25 bez., per Mai-Juni 192 bis 192,25 bis 192 bezahlt.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko matter. Termine niedriger. Gefündigt 200 Tonnen. Kündigungspreis 184,5 M. Loko 177—185 Markt nach Qualität. Lieferungsqualität 182 M., inländischer 181—183 ab Bahn bezahlt, per diesen Monat 185 bis 184 bez., per November-Dezember 179,75—179 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar 1891 — bez., per April-Mai 169 bis 168,5—169 bezahlt, per Mai-Juni — bez. Gerste per 1000 Kilogramm. Flauer. Große und kleine 137 bis 200 M. nach Qualität. Futtergerste 138—150 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko matter. Termine niedriger. Gefündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 142,25 M. Loko 140 bis 156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M., pommerischer, preussischer und schlesischer mittel bis guter 142—146, feiner 147 bis 154 ab Bahn bez., per diesen Monat 142,5 bez., per November-Dezember 142,25—142 bezahlt, per Dezember-Januar —, per Februar-März —, per April-Mai 140—140,25 bis 140 bezahlt, per Mai-Juni —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine still. Gefündigt 100 Tonnen. Kündigungspreis 136 M. Loko 137—143 M. nach Qualität, per diesen Monat —, per November-Dezember 136 M., per Dezember-Januar —, per April-Mai 1891 —.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 160—200 M., Futterwaare 148—154 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine niedriger. Gefündigt — Sack. Kündigungspreis — Markt, per diesen Monat 25,65—60 bez., per November-Dezember 25,15 bis 25,05 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar 1891 — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 1891 23,65—60 bezahlt.

Trockene Kartoffelfstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko 23,00 M., per diesen Monat — M.

Feuchte Kartoffelfstärke per diesen Monat — M., per Nov.-Dezember 12,05 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko 23,00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Unverändert. Gefündigt 2300 Btr. Kündigungspreis 57,20 M. Loko mit Faß — bez., loco ohne Faß — bez., per diesen Monat 57,1—57,2 bez., per November-Dezember 57,1—57,2 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai —, per Mai-Juni 57,2 bezahlt.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 60,5—6 bez., per diesen Monat —, per September-Oktober —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 41,2—1—2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —, per Okt.-November — bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Ferner gestiegen. Gefündigt 100 000 Liter. Kündigungspreis 40,3 Markt. Loko mit Faß — M., per diesen Monat 40,2—6—5—9 bez., per November-Dezember 40—5—4 bis 5 bez., per Dezember-Januar —, bez., per Januar-Februar 1891 — bez., per April-Mai 41,3 bis 41,7—6—42—41,9 bezahlt, per Mai-Juni 41,6—42—41,9 bis 42,2 bezahlt, per Juni-Juli 42,1—42,8 bezahlt, per Juli-August 42,9—43,4—3 bez., per August-September 43,3—43,7 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 0 27,50—26,00, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 25,75—25,25, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 26,75—25,75 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4 1/4 M. 1 Rub. = 3 M. 120 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 24.	Brnsch. 20. T.L. — 103,00 bz G.	Schw. Hyp.-Pf. 4 1/2 101,40 bz	Warsch.-Teres 5 15	Rechenb.-Prior. (SNV) — 5	Pr.Centr.-Pf.Com. 3 1/2 93,50 bz G.	Bauges. Humb. 8 119,00 G.
Amsterdam. 2 1/2 8 T. 168,30 bz	Cöln-M. Pr.-A. 3 1/2 136,10 bz	Serb.Gld.-Pfdb. 5 91,00 G.	Weichselbahn 5 15	do. Gold-Prior. — 5	Pr.Hyp.-B.I. (rz.120) 4 1/2 112,50 G.	Moabit 7 8
London. 5 8 T. 20,40 bz	Dess. Präm.-A. 3 1/2 —	do. Rente. — 5 87,25 bz G.	Amst.-Rotterd. 6 1/2 153,00 B.	do. div. Ser. (rz.100) 3 1/2 66,60 bz G.	do. do. VI. (rz.110) 5 110,00 G.	Passage 5 1/2 68,30 bz G.
Paris. 3 8 T. 80,40 bz	Hamb. 50 T.-L. 3 1/2 131,50 bz	do. do. neu. — 5 87,50 bz G.	Gotthardbahn 7 1/2 157,50 B.	do. Obligat. — 5 103,50 bz G.	do. div. Ser. (rz.100) 4 1/2 100,70 bz G.	U. d. Linden 0 23,00 bz G.
Wien. 4 1/2 8 T. 176,60 bz	Lüb. 50 T.-L. 3 1/2 131,00 bz	Stockh. Pf. 87. 4 —	Ital. Mittel. — 5 118,50 B.	do. Gold-Prior. 1 98,00 bz G.	do. do. (rz.100) 3 1/2 94,80 bz G.	Berl. Elektr.-W. 10 191,00 bz G.
Petersburg. 6 3 W. 237,50 bz	Mein. 7 Guld.-L. — 26,25 G.	do. St.-Antl. 87 3 1/2 —	Ital. Merid.-Bah 7 1/2 134,90 B.	Chark.-Asow gar 5 99,90 kl. —	Prs. Hyp.-Vers.-Cert. 4 1/2 100,00 G.	Berl. Lagerhof 0 75,50 G.
Warschau. 6 3 W. 237,60 bz	Oldenb. Loose 3 127,50 bz	Span. Schuld. 4 74,03 bz G.	Lüttich-Lmb. — 0,45 22,60 bz G.	Chark.-Kremgar. 5 99,90 kl. —	do. do. do 4 100,00 G.	do. do. St.-Pr. 5 110,00 B.
In Berlin 5 1/2 Lombard 6 u. 6 1/2	Argentin. Anl. — 71,50 kl. 72,00	Türk. A. 1865in Pfd. Sterl. cv. 1 22,50 bz B.	Lux. Pr. Henri 2,30 59,50 bz G.	Chark.-Kremgar. 5 99,90 kl. —	do. do. do 3 1/2 94,30 bz G.	Ahrens Br.-Mbt 5 70,50 bz G.
	do. do. 4 1/2 63,50 kl. 65,00	do. do. C. 1 17,90 bz B.	Schweiz. Centr. 6 1/2 138,50 bz	Chark.-Kremgar. 5 99,90 kl. —	do. do. do 3 1/2 94,30 bz G.	Berl. Back-Br. 5 73,00 bz G.
	Bukar. Stadt-A. 5 97,00 kl. 97,00	do. do. C. 1 17,90 bz B.	do. Nordost. 6 138,50 bz	Jeloz-Orel gar 3 — kl. 73,00	do. do. do 3 1/2 94,30 bz G.	Schultheiss-Br 16 275,00 B.
	Buen. Air. G.-A. 5 70,75 kl. 70,75	do. do. C. 1 17,90 bz B.	do. Unionb. 5 121,00 G.	Jeloz-Woron. g. 4 1/2 99,70 G.	Schles.-B. Cr. (rz.100) 4 100,10 B.	Berl. Boock-Br. 5 70,00 bz G.
	Chines. Anl. 5 1/2 109,75 G.	do. do. C. 1 17,90 bz B.	do. Westb. 5 121,00 G.	Ivang-Domb. g. 4 91,90 G.	do. do. (rz.100) 3 1/2 91,25 B.	Schultheiss-Br 16 275,00 B.
	Dän. Sts.-A. 86. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.	Westisilian. 4 —	Kozlow-Wor. g. 4 91,90 G.	Stettin. Nat.-Hyp.-Cr. 5 103,50 G.	Bresl. Oelw. 4 1/2 96,50 bz G.
	Egypt. Anleihe 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Kursk-Chark. 89 4 91,90 G.	do. do. (rz.110) 1 1/2 102,25 bz	Deutsch. Asph. 3 70,00 bz G.
	do. do. 4 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		do. Chark. As. (O) 4 91,90 G.	do. do. (rz.110) 4 98,80 bz	Dynamit Trust. 8 1/2 15,25 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		do. (Oblig.) gar. 4 91,90 G.	do. do. (rz.110) 4 98,80 bz	Erdmannsd. Sp 6 1/2 91,00 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Kursk-Kiew conv 4 91,90 G.	do. do. (rz.110) 4 98,80 bz	Fraust Zucker Glauz. do. 8 1/2 106,00 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Losowo-Sebast. 5 74,20 G.	do. do. (rz.110) 4 98,80 bz	Gummi Harburg. 29 265,25 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Mosco-Jaroslav 5 86,50 G.	do. do. (rz.110) 4 98,80 bz	Wien — 29 265,25 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		do. Kursk gar. 4 86,50 G.	Berl. Cassenver. 12 153,50 G.	do. Schwanitz 14 1/2 198,2 G. bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		do. Rjasan gar. 4 83,10 G.	do. Handelsges. 10 135,00 G.	do. VoigtWinde 6 126,50 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		do. Smolensk g. 5 100,10 kl. —	do. Maklerver. 10 135,00 G.	do. Volpischlüt 6 1/2 104,25 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Orel-Griasy conv 4 91,90 G.	do. Prod-Hdbk. 12 171,50 G.	Hemmoor Chem 13 141,00 bz B.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Poti-Tiflis gar. 5 102,00 G.	Börsen-Hdlver. 7 —	Köhlm. Strk. — 226,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Rjasan-Koslow g. 4 91,90 G.	Bresl. Disc.-Bk. 7 104,00 G.	Körbisrd.Zuck. 5 100,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Rjaschk-Moroz g. 5 95,50 kl. 90,90	do. Wechslerb. 8 1/2 —	Löwe & Co. 18 303,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Rybinsk-Bolog. — 5 100,10 kl. —	Danz. Privatbank 10 1/2 —	Bresl. Linke. — 12 169,25 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Schujka-Ivan. gar. 5 93,00 G.	Darmstädter Bk. 10 1/2 152,90 bz	do. Hofm. — 12 168,25 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Südwestb. gar. 4 93,00 G.	do. do. Junge 10 1/2 152,90 bz	Germ.-Vr.-Akt 10 — 99,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Transkaukas. g. 3 82,00 kl. 82,00	Deutsche Bank. 8 127,75 G.	Görlitz cv. — 13 145,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Warsch.-Ter. g. 5 100,50 kl. 100,50	do. Genossensch. 10 154,00 G.	Görl. Lüd. — 13 167,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Warsch.-Wien II. 4 94,50 G.	do. Hp.Bk. 60pCt. 6 1/2 110,80 G.	Grunowrk. — 8 151,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Wladikavk. O. g. 4 92,70 G.	Disc.-Command. 14 206,75 bz	H. Pauksch. — 8 —
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.		Zarskoe-Selo. — 5 92,00 G.	Dresdener Bank 11 155,50 G.	Schwarzkopff. 16 251,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			creditbank. — 0 80,60 n. 9 1/2	Stettin.Vulk.-B 0 106,50 bz G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Internat.-Bank. — 9 106,40 G.	Sudenburg. — 20 278,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Königsb. Ver.-Bk 6 —	O.-Schl. Cham. 10 —
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Leipziger Credit 12 200,80 G.	do. Portl.-Cem 10 120,60 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Magde. Priv.-Bk 5 110,00 G.	OppelnCem-F. 7 105,80 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Maklerbank. 9 123,60 G.	do. (Giesl) 10 120,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Mecklenb. Hyp. u. Wechs. 7 1/2 129,10 G.	Gr.Berl.Pferdb 12 1/2 253,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			do. Hyp. V. A. G. 25 pct. — 8 118,90 B.	Hamb. Pferdeb 5 122,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			do. Immo.-Bank 80 pct. — 7 1/2 358,00 B.	Potsd. cv Pfdbr 5 1/2 102,00 a 33,00
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			do. Leihhaus. 10 114,00 G.	Posen.Sprit-F. 4 7 82,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			do. Reichsbank. 7 143,40 G.	Rositzer Zuck. 14 143,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			do. Russische Bank. 6 1/2 78,80 G.	Schles. Cem. — 4 1/2 130,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Schles. Bankver. 8 122,70 B.	StettBred.Cem. 7 130,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.			Warsch Comrbz. do. Discont. 8 1/2 —	do. Chamott. 25 364,50 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.				Bgw. u. H.-Ges. 12 176,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.				Aplerbecker. — 6 118,25 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.				Berzelius. — 18 166,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.				Bismarkhoffte 18 152,00 G.
	do. do. 3 1/2 —	do. do. C. 1 17,90 bz B.				BochGussf. — 4 13,50 a 79,50
	do. do. 3 1/2 —	do. do.				